



Industrie- und Handelskammer
Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim

**Neujahrsempfang
der IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
am 10. Januar 2023
in der Emsland-Arena, Lingen**

Begrüßung:

Uwe Goebel

Präsident der IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim

Sperrfrist: 10. Januar 2023, 18:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

I.

Begrüßung Redner/Gäste

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Herzlich willkommen zum IHK-Neujahrsempfang 2023 in der Emsland-Arena. Zuletzt waren wir 2020 hier zu Gast - vor Corona. Es ist schön, mit Ihnen allen hier zu sein.

Es gehört zur guten Tradition unseres Jahresempfangs, dass wir in unserer Mitte unseren Ministerpräsidenten zu Gast haben. Dies ist **heute jedoch nicht der Fall**. Herr Weil hat kurzfristig am 4. Januar 2023 die Bitte erhalten, für heute einen Termin beim Bundeskanzler anzunehmen. Ich denke, dafür haben wir alle Verständnis.

Die gute Nachricht ist: Wir haben heute Abend unseren Wirtschaftsminister zu Gast. Darüber freuen wir uns sehr. Bitte begrüßen Sie mit mir den **Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen, Olaf Lies**.

Lieber Herr **Lies**,

danke, dass Sie heute zu uns nach Lingen gekommen sind und gleich zu uns sprechen werden. Wir wissen das sehr zu schätzen. Uns verbindet eine **gute und enge Zusammenarbeit**. Und ich bin sicher: Das wird auch in der neuen Regierungskoalition weiter so sein.

Ich freue mich ebenfalls, dass wir weitere Gäste aus Hannover haben. Begrüßen Sie mit mir unsere Justizministerin **Kathrin Wahlmann**.

Liebe Frau Wahlmann,

vielen Dank, dass Sie alle durch Ihr Kommen Ihre Verbundenheit zu unserer IHK und damit zu den Unternehmerinnen und Unternehmern der Region zum Ausdruck bringen.

Herzlich willkommen heiÙe ich die Damen und Herren **Abgeordneten** der Parlamente in Brüssel, Berlin und Hannover. Schön, dass Sie alle da sind.

Ebenso herzlich begrüÙe ich die Vertreter aus **Kommunalpolitik** und **Verwaltung**. Stellvertretend für Sie alle begrüÙe ich den Landrat des Landkreises Emsland, **Marc-André Burgdorf**, sowie den Oberbürgermeister der Stadt Lingen, **Dieter Krone**. Außerdem die Oberbürgermeisterin der Stadt Osnabrück, **Katharina Pötter**, und die Landrätin des Landkreises Osnabrück, **Anna Kebschull**. Herzlich willkommen!

Mein Gruß gilt ebenfalls den Damen und Herren aus den **allgemeinbildenden** und **berufsbildenden Schulen** und aus den **Hochschulen**, aus **Justiz, Medien, Gewerkschaften** und **Kirchen** sowie aus den befreundeten **Kammern** und **Verbänden**.

Namentlich begrüÙen ich meinen Präsidentenkollegen von der Handwerkskammer, **Rainer Möhle**, sowie meinen IHK-Nachbarn aus Emden, **Dr. Bernhard Brons**.

Lieber Herr Dr. Brons,

als Präsident der IHK Niedersachsen sind Sie der direkte Ansprechpartner für all' unsere Themen bei der Landesregierung. Ganz herzlichen Dank, dass Sie heute Abend bei uns sind und dass Sie die Interessen der niedersächsischen Wirtschaft so schnörkellos und mit ganz viel Expertise aus der Küstenregion kraftvoll gegenüber der Landesregierung vertreten.

Mein herzlicher Gruß gilt auch den ehrenamtlichen Vertretern unserer IHK, also insbesondere den Mitgliedern unserer Vollversammlung und meinen Kollegen im Präsidium. Vielen Dank, dass Sie einen guten Teil Ihrer Zeit der Interessenvertretung unserer Wirtschaft widmen. Stellvertretend für Sie begrüÙe ich die Ehrenpräsidenten unserer IHK **Herrmann Elstermann** und **Martin Schlichter**.

Die **Moderation** des heutigen Abends übernimmt **Ludger Abeln**. Sie haben ihn eben schon erlebt. Lieber Herr Abeln, vielen Dank, dass Sie uns heute so schwungvoll durch den Abend führen.

Für musikalische Unterhaltung sorgen später die **Silverettes**. Darauf freue ich mich schon jetzt!

Begrüßen möchte ich an dieser Stelle auch ausdrücklich die anwesenden Vertreter der **Feuerwehr**, des **Sanitätsdienstes** und der **Polizei**. Das gilt gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionslage. Sie sorgen für unser aller Sicherheit und Wohlbefinden und haben daher all unsere Wertschätzung verdient.

II.

Wirtschaft im Dauerkrise-Modus

Meine Damen und Herren,

der Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Lage ist **ernüchternd**. Wir befinden uns in einer Art **Dauerkrise-Modus**: Die Energiekrise, die hohe Inflation, eine sich abkühlende Weltwirtschaft, weiterhin gestörte Lieferketten, steigende Zinsen und steigende Arbeitskosten – all das zusammen ist so etwas wie ein „**Giftcocktail**“. Hinzu kommen **hausgemachte Belastungen** der Unternehmen durch neue Vorschriften, wie etwa das **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**. Dazu komme ich später noch.

Die **Summe aller Konjunkturrisiken**, die wir in unseren Umfragen regelmäßig erheben, ist aktuell so hoch wie noch nie.

Besonders bedrohlich ist unsere **Schwäche im industriellen Bereich**. Seit 2017 geht die Industrieproduktion in Deutschland zurück. Auch das Bruttoanlagevermögen der Industrie ist gesunken – der Industriestandort Deutschland lebt also **von der Substanz**.

Unsere **Region** hat sich zwar etwas **dynamischer** entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Vor allem konnten wir bei der **Industriebeschäftigung** noch einmal zulegen. Aber auch hier bei uns sind die **Ermüdungserscheinungen** unübersehbar.

Um es klar zu sagen: Das darf sich nicht fortsetzen! Vor allem die **De-Industrialisierung** unserer Region und Deutschlands gilt es zu **verhindern**. Denn die Industrie ist der Motor unseres Wohlstands: sie erzeugt Wertschöpfung, sie schafft Innovationen, sie zahlt gute Löhne – und nicht zuletzt steht sie für unsere Vernetzung mit dem Rest der Welt. Schwächt die Industrie, dann bröckelt auch unser Wohlstand.

Meine Damen und Herren,

die große Sorge um die Industrie in Deutschland sprechen nicht nur **Wirtschaftsvertreter** aus. So ruft unser **DIHK-Präsident Peter Adrian** in

Erinnerung, dass in den USA die Strompreise ein Fünftel und die Gaspreise ein Siebtel dessen betragen, was Industrie in Deutschland zahlt.

Auch bei den **Arbeitnehmervertretern** erheben sich inzwischen warnende Stimmen in Richtung Bundesregierung. Davon darf sich auch die Niedersächsische Landesregierung ausdrücklich angesprochen fühlen. So sagt **DGB-Chefin Yasmin Fahimi** voraus, dass mehr Unternehmen der Wertschöpfungskette **Deutschland verlassen** werden und dass es einen dramatischen Dominoeffekt geben kann.

IG BCE-Chef Michael Vassiliadis äußert sich nahezu gleichlautend. Dazu passt, dass die deutsche Wirtschaft bei den **Direktinvestitionen in den USA** inzwischen auf Rang 2 vorgerückt ist. Den direkten Nachbarn Kanada haben wir nun überholt.

Krise ist nicht nur in der Industrie. In den anderen **Branchen** sieht es kaum besser aus. Hatten sich etwa das **Gastgewerbe** und der **Einzelhandel** gerade von den Corona-Folgen erholt, so fallen sie nun wegen der Kaufzurückhaltung ins nächste Konjunkturloch. Und selbst bei der bisher boomenden **Bauwirtschaft** mehren sich die Krisenzeichen. So sind Baustoffe knapp oder teuer, die Arbeitskräfte fehlen und öffentliche und private Investoren halten sich aufgrund der hohen Zinsen mit Aufträgen zurück.

Dabei ist der **Arbeitsmarkt** aus einer anderen Perspektive noch ein **Lichtblick**. Schlechte Konjunktur und guter Arbeitsmarkt – das geht heute offensichtlich zusammen. Zwar zeigen die Betriebe bei Neueinstellungen inzwischen Zurückhaltung. Allerdings rechnen wir in diesem Jahr nicht mit nennenswerten Entlassungen. Das heißt dann aber auch: Der **Arbeitskräftemangel** wird uns auch in diesem Jahr weiter begleiten.

III.

Arbeitskräftemangel bleibt erhalten

Das ist auch keine Überraschung. Allmählich trifft uns der **demografische Wandel** mit voller Wucht. In den kommenden fünf Jahren scheiden in unserer Region etwa 70.000 Menschen im Alter von 60 – 65 Jahren aus dem Erwerbsleben aus. Nur gut 50.000 Menschen aus der Gruppe der 15- bis 20

Jahre treten allerdings neu ein. Das bedeutet: **Nach fünf Jahren werden uns bereits knapp 20.000 Menschen fehlen, das sind jedes Jahr 4.000.** Damit ist in 5 Jahren jeder zwanzigste Beschäftigte schlicht nicht mehr da.

Dabei gehen uns nicht nur die Fachkräfte aus, sondern immer mehr auch einfacher qualifizierte Arbeitskräfte. Insofern gilt: „**Fachkräftemangel**“ **war gestern**, „**Arbeitskräftemangel**“ **ist heute** – und er wird auch bleiben.

Wenn wir nicht wollen, dass Busse *nicht* fahren, die Bahn *nicht* kommt, die OP *verschoben* wird, das Restaurant *geschlossen* bleibt oder die neue PV-Anlage *nicht* installiert werden kann – dann müssen wir das **Arbeitsangebot** in unserem Land systematisch erhöhen. So weit, so bekannt. Allerdings stelle ich mir mit Blick auf einige aktuelle Entwicklungen auch kritische Fragen:

- „Mehr Arbeitskräfte“ bedeutet doch auch: mehr **Eltern** in den Betrieben – aber warum beschränken nicht wenige **Kitas** dann gerade jetzt ihre Öffnungszeiten? Die Landesregierung sollte hier dringend in den Dialog mit Städten und Gemeinden eintreten.
- „Mehr Arbeitskräfte“ bedeutet doch auch: mehr **Ältere** in den Betrieben – aber warum hat die Bundesregierung dann vor Kurzem noch die **Rente mit 63** beschlossen? Die Frühverrentung ist aber nicht nur ein sozialer Wunsch unseres Bundesarbeitsministers, sondern sie wird auch von der privaten Wirtschaft schlichtweg benutzt. Hier braucht es aber ganz andere Anreize. Denn wir brauchen die Erfahrung und die Arbeitskraft der „Älteren“ in unseren Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung.
- „Mehr Arbeitskräfte“ bedeutet schließlich doch auch: mehr qualifizierte **Zuwanderung** – aber warum machen wir es dann ausländischen Arbeitskräften so schwer mit dem Zugang zu unserem Arbeitsmarkt?

Wenn wir also mehr Arbeitskräfte wollen, dann müssen wir kluge **Anreize setzen** und **bürokratische Hürden abbauen**.

Wir müssen ganz besonders den **jungen Menschen** den Weg in die Wirtschaft ebnen. Dafür ist eine **berufliche Ausbildung** die entscheidende Grundlage. Leider hat der **Ausbildungsmarkt** die **Verluste der Corona-Zeit** noch nicht ausgleichen können. Unsere IHK hat gegenüber 2019 etwa jeden Zehnten neuen Azubi verloren, und woanders sieht es teilweise noch ungünstiger aus.

Wir müssen jetzt also alles dafür tun, um die berufliche Ausbildung für die jungen Menschen wieder **attraktiver** zu machen. Wir müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass diejenigen, denen mit Recht an einer klugen Klimapolitik gelegen ist, nicht bloß auf die Straße gehen und sich wer weiß wo festkleben. Wir müssen ihnen stattdessen Möglichkeiten bieten, dass sie mit einer beruflichen Ausbildung **bei der Klimawende aktiv mithelfen**: als Mechatroniker oder Energieanlagenelektroniker, als Industriekaufleute oder als Logistiker oder, lieber Herr Möhle, gerne auch als Handwerkerinnen und Handwerker.

Die berufliche Bildung darf **keinesfalls zu einem „Museumsstück“** werden. Sie muss attraktiver werden. Dazu muss unsere **Wirtschaft an erster Stelle selbst beitragen** – etwa mit **kräftiger Werbung** für die berufliche Ausbildung. Aber wir brauchen auch **politischen Rückenwind**. Ein Schlüssel dafür ist die **Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung** auf der einen und **akademischer Bildung** auf der anderen Seite. Die betriebliche **Ausbildung** ist dabei **nur der Anfang**. Wer sich beruflich zum **Industriemeister**, zum **Fachwirt** und darauf aufbauend zum **Betriebswirt** fortbildet, der muss sich vor Hochschulabsolventen nicht verstecken. Das hohe Niveau dieser Fortbildungen wird durch die neuen Abschlussbezeichnungen zum *Bachelor* bzw. *Master Professional* angemessen ausgedrückt.

Es **darf nicht weiter so sein**, dass junge Menschen sich **für ein Studium** entscheiden, weil dort die **Bedingungen einfach besser** sind: von der technischen und personellen Ausstattung bis hin zu den Sanitärräumen und den Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr. Aus eigener Anschauung weiß ich: Hier kann von den Beteiligten – von den kommunalen Schulträgern und vom Land – noch mehr für die Berufliche Bildung getan werden.

Es wäre deshalb ein Fehler, wenn junge Menschen durch vollzeitschulische Angebote von einer betrieblichen Ausbildung abgehalten würden. Ich wünsche mir deshalb von der Politik einen klaren **Vorrang der Dualen Berufsausbildung** vor anderen Angeboten.

Lieber Herr Lies,

ich glaube wir sind uns einig, dass in der Beruflichen Bildung noch eine Menge **gemeinsame Arbeit** auf uns wartet – und ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass die neue **Landesregierung** sich hier ganz **aktiv einbringen** will. Hierfür

steht nicht zuletzt das neue **Sechs-Punkte-BBS-Stärkungsprogramm** aus dem Koalitionsvertrag.

Wasser in den Wein: Selbst dann, wenn wir die Potenziale der Ausbildung noch besser nutzen, unsere eigenen Potenziale werden dennoch nicht ausreichen. Ohne qualifizierte **Zuwanderung** können wir den Arbeitskräftemangel in Deutschland nicht beheben.

Das neue **Fachkräfte-Einwanderungsgesetz** hat hier bereits für einige Erleichterungen gesorgt. Diese müssen aber auch auf der **kommunalen und regionalen Ebene** umgesetzt werden. Wir hören allerdings, dass Integration in der Praxis allzu häufig an behördlichen Formalismen oder an Sprachbarrieren scheitert. Das darf so nicht sein. So hat unsere IHK Niedersachsen vorgeschlagen, in Niedersachsen eine **zentrale Ausländerbehörde** einzurichten. Andere Bundesländer wie NRW oder Bayern haben das bereits umgesetzt. In **Niedersachsen** kümmern sich dagegen **rund 60 regionale Ausländerbehörden** darum. Diese sind aber häufig personell nicht gut aufgestellt. Von einer Beschleunigung von Fachkräfteverfahren sind wir bei uns noch weit entfernt.

Ich bin daher froh und auch etwas stolz, dass unsere IHK-Organisation mit der **IHK FOSA – der Foreign Skills Approval** – einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leistet. Die IHK FOSA sorgt nämlich für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und ebnet Fachkräften weltweit den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt. Seit ihrer Gründung vor zehn Jahren hat die IHK FOSA **32.000 neue Fachkräfte** gewonnen. Ich finde, ein durchaus messbarer Erfolg, wenn auch noch mit einiger Luft nach oben.

Wir müssen und werden unsere eigenen **Bemühungen** deshalb weiter **verstärken**. Ein naheliegendes Potenzial sind die zahlreichen ukrainischen **Flüchtlinge** - auch hier bei uns in der Region. Unsere IHK hat für diese Zielgruppe jetzt eine eigene **Beraterin** eingestellt. Daneben richten wir unseren Fokus immer stärker auf die Gewinnung **junger Einwandererinnen und Einwanderer** für die Berufliche Bildung.

IV.

Energiekrise bedroht den Wirtschaftsstandort

Der Fach- und Arbeitskräftemangel war lange Zeit das wichtigste Konjunkturrisiko für unsere Betriebe. Wir alle wissen, dass es auf lange Sicht das Top-Thema für die Unternehmen bleiben wird. Im vergangenen Jahr ist mit den **explodierenden Energiepreisen** allerdings ein neues Thema an die erste Stelle der unternehmerischen Top-Risiken getreten.

Die **Folgen der Energiekrise** für die regionalen Unternehmen sind bereits heute **dramatisch**. Unsere Unternehmen zahlen hierzulande dreimal so viel für Strom wie in Frankreich, auf den Vergleich mit den USA habe ich schon hingewiesen. Ich halte es für ein deutliches Alarmzeichen, dass der **Trend zu Auslandsinvestitionen** gerade in der Industrie inzwischen deutlich zunimmt. Hier machen uns vor allem die USA mit dem „**Inflation Reduction Act**“ gerade große Konkurrenz. Um es plakativ auszudrücken: Die **USA** schützen mit dem IRA ihre Industrie und fördern erfolgreich Direktinvestitionen und Produktion in den USA. Gleichzeitig will die **EU** ihrerseits mit einem bürokratischen **Border Tax Adjustment** bzw. Grenzsteuerausgleich ausländische Produzenten mit CO₂-Abgaben bestrafen, um unsere Industrie zu schützen. Ich habe eine sehr konkrete Ahnung, oder soll ich sagen, Befürchtung, welches Rezept sich am Ende als erfolgreicher erweist.

Die **Bundes- und Landesregierungen** haben auf die Energiekrise mit **Sofortprogrammen** und **den Gas- und Strompreisbremsen** reagiert. DIHK-Präsident **Peter Adrian** hatte sich persönlich in die bekannte Gaskommission eingebracht. Allerdings hat er nicht in allen Punkten Mehrheiten gefunden. Deshalb hat er in einem Sondervotum darauf hingewiesen, dass die mit den Förderungen verbundenen bürokratischen **Anforderungen** viele Unternehmen unseres Mittelstands überfordern.

Spätestens heute müssen wir auch kritisch über die Rolle des Staates im Energiesektor diskutieren. Denn „**staatlich verursachte Energiepreisbestandteile**“ sind für mich nicht allein die hohen Steuern und Abgaben auf Energie, insbesondere im Stromsektor. „Staatlich verursacht“ ist für mich auch eine Energiepolitik, die in den letzten zehn Jahren die **Balance**

verloren hat zwischen den Zielen Klimagerechtigkeit, Versorgungssicherheit und preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Unsere aktuelle **Misere** ist nämlich keinesfalls nur die Folge des Ukraine-Krieges. Sie ist auch Konsequenz einer Politik, der die **Preise für Strom und CO₂** noch vor wenigen Jahren – wir erinnern uns gut – gar nicht schnell und hoch genug steigen konnten.

Ein besonderes Problem stellen dabei die wiederholten **nationalen Alleingänge** unserer verschiedenen Bundesregierungen dar. So sollen in der EU die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % gesenkt werden. Unserer Bundesregierung hat das nicht gereicht: bei uns müssen es nun 65 % sein.

Deutschland verfehlt die Klimaziele dennoch krachend. Dazu ein paar unangenehme Wahrheiten:

- Deutschlands **CO₂-Ausstoss sank 2022** wegen des massiven Einsatzes der Kohlekraft **nicht**. Zwar ging der Energieverbrauch 2022 um 5% zurück. Aber der Einsatz von Öl, Gas und Kohle machte die Treibhausgas-Einsparung zunichte.
- Der **Verkehr** stößt mit 150 Mio. Tonnen CO₂ mehr als die erlaubten 139 Tonnen CO₂ aus. Dem Elektroauto sieht man es halt nicht an, ob es Kohlestrom tankt.
- Die Geschwindigkeit beim Zubau von **Solaranlagen** müsste sich mehr als verdoppeln – beim Zubau von **Windkraftanlagen an Land** mehr als verdreifachen und bei **Off-Shore Windkraftanlagen** sogar mehr als verachtfachen –, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen.

Wohin man schaut – immense Herausforderungen.

Meine Damen und Herren,

wer sich **Ziele** setzt, der muss auch dafür sorgen, sie auch zu erreichen. Mein Eindruck war, dass es gerade bei der Energiewende im Wesentlichen immer nur um die **Ziele** ging: je strenger, desto besser. Die Logik schien zu sein: Wer die ehrgeizigsten Ziele setzt, der wird gewählt, der hat die öffentliche Meinung für sich.

Leider haben wir uns aber über die **Instrumente** viel zu wenig Gedanken gemacht. Die Inflation der Ziele muss beendet werden. Wir müssen jetzt konkret werden.

Beispiel Windkraft: 2 % der Landesfläche sollen künftig für neue **Windkraftanlagen** genutzt werden, in Niedersachsen sogar 2,2 %. Damit soll sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2030 – also innerhalb von acht Jahren – **verdoppelt**. Soweit das Ziel.

Aber wie erreichen wir das? In unserem IHK-Bezirk sind in den vergangenen Jahren im Deutschlandvergleich sogar überdurchschnittlich viele Windkraftanlagen errichtet worden. Dennoch war der Zuwachs gemessen am Ziel noch viel zu gering. Hier im **Emsland** wurden im Jahr 2021 gerade einmal 67 MW Netto-Nennleistung in Betrieb genommen, das sind knapp 5 % des Bestands. In dem Tempo bräuchten wir nicht acht, sondern 20 Jahre zur Erreichung des Ziels.

Wir brauchen beim Windenergieausbau also mehr Tempo. Daher, lieber Herr Burgdorf, ausdrücklich danke dafür, dass sich der **Landkreis Emsland** – um beim konkreten Beispiel zu bleiben – auf einen eigenen, schnelleren Weg macht.

Aber wir, lieber Herr **Burgdorf**, werden das in den nächsten 10 Jahren nicht alleine schaffen. Denken wir an das erste LNG-Terminal in Wilhelmshaven: ohne prominente politische Unterstützung der Bundesregierung und der Landesregierung wäre das nicht möglich gewesen.

Hier also ein **Vorschlag**: Wir sollten die **Ämter für regionale Landesentwicklung stärken**. Wenn es bei der kleinen oder der großindustriellen PV-Anlage hakt, wenn es bei der Genehmigung einer Windkraftanlage hakt, wenn die Förderung von Wasserstoffprojekten stockt – dann muss über diese sofort ein direkter Kontakt zur Landesregierung erfolgen. Das kann noch viel stärker als bisher durch die **Landesbeauftragten** erfolgen.

Lieber Herr **Sickelmann**,

Ihnen als **unserem** Landesbeauftragten wünsche ich also künftig eine viel bedeutendere Rolle bei der Koordination und Beschleunigung der regionalen Projekte. **Ergänzend** kann ich mir auch vorstellen, dass einzelne **Minister**

neben ihrer Ressortzuständigkeit auch eine regionale Zuständigkeit erhalten. Gewissermaßen eine Matrix. Wir brauchen durchsetzungsfähige Politiker, die dabei helfen, Ziele zu realisieren. Das könnte die Energiewende tatsächlich beschleunigen.

Am Ende muss unser Ziel eine Energiewende sein, die **für andere Länder Vorbild** ist. Nur dann werden wir den *globalen* CO₂-Ausstoß unter Kontrolle bringen. Würden wir in Deutschland dagegen scheitern, gäbe es keinen, der uns energiepolitisch folgt. Es kommt jetzt also umso mehr darauf an, dass wir nachhaltigen Erfolg haben.

Dazu haben wir folgende Vorschläge:

- Das Bekenntnis zur **Gasbrücke**: Wir müssen klar und ehrlich sagen, wie lange wieviel Gas wir brauchen. Dann kann das auch zu vernünftigen Konditionen eingekauft werden.
- Das Bekenntnis zur **Technologieoffenheit** in der Energieversorgung: Ziel ist die Dekarbonisierung, nicht die Moral.
- Das Bekenntnis zum **Hochlauf von Wasserstoff** in farbenblinder Art und Weise.
- Das Bekenntnis zum schnelleren **Ausbau der Stromnetze**.

Dazu gehört in der jetzigen Situation auch, über alle Energieträger hinweg das **Angebot auszuweiten, um die Preise zu senken.**

Wir wissen, wie der **Europäische Emissionshandel** funktioniert: Wenn wir hier mit Atomstrom Energie erzeugen und für diese CO₂-freie Energie keine CO₂-Emissionszertifikate kaufen müssen, dann hat das zwei Folgen: Erstens: Der Preis für diese Zertifikate sinkt. Und weil die Höchstgrenze an CO₂-Ausstoß pro Jahr in der EU strikt vorgegeben ist, kann – zweitens – ein anderes Land, ein anderes Unternehmen die entsprechende CO₂-Menge emittieren, wenn es dafür Zertifikate kauft.

Das bedeutet, dass der **Einsatz von Kernkraft** ad hoc keine Reduzierung der CO₂-Menge bedeutet. Der Einsatz von Kernkraft würde aber **ermöglichen**, woran die Energiewende heute scheitert: **Hier bei uns CO₂-freie Energie zu**

bezahlbaren Preisen verfügbar machen. Deutschland hat im Vergleich zu Frankreich eine miserable CO₂-Bilanz.

Die **schnellen Antworten der Politik** sind üblicherweise:

- Kernkraft ist eine Hochrisikotechnologie oder
- in Frankreich funktioniert die Kernkraft gerade ja auch nicht.

Meine Damen und Herren,

dies ist für mich ein **Framing**. Wir haben in Deutschland im weltweiten Vergleich sichere Kernkraftwerke. Und schaut man auf unseren Atomausstieg, müssen wir feststellen: Weder die Entwicklungsländer noch unsere Partner der OECD folgen diesem deutschen **Irrlicht in der Energiepolitik**.

Die bekannte **Nimby-Attitüde** – „not in my backyard“ – hat unsere Energiewende lange ausgebremst. Keine Windräder, keine Stromleitungen, keine Umspannwerke. Immer wieder konnten Anwohner Sand ins Getriebe einer raschen Energiewende streuen. Insofern ist es richtig, dass die Bundesregierung hier für mehr Klarheit – und damit auch für mehr Schnelligkeit sorgen will.

Eine **Nimby-Attitüde** nehme ich inzwischen allerdings auch im politischen Betrieb selbst wahr. Gerne nehmen wir Angebote wahr, aber bitte nicht vor unserer eigenen Haustür.

- Eine Verlängerung der **Kernkraft in Deutschland** kommt für uns nicht in Frage – aber **Atomstrom aus Frankreich** nehmen wir gerade in der dunklen Jahreszeit gern.
- Eine verstärkte **Gasförderung in Deutschland**, gar durch Fracking, möchten wir nicht – aber beim **gefrackte LNG aus den USA** sagen wir nicht nein.

Das, meine Damen und Herren, meine ich mit einer **politischen „Nimby-Attitüde“**. Das ist **Doppelmoral**. Ich finde, damit müssen wir jetzt aufhören. Das gilt übrigens auch für das Thema CO₂-Speicherung. Die einen verteufeln „Carbon Storage“ im Meeresboden, denn damit könnte der Druck ja nachlassen, die Industrie zu transformieren. Andere sehen darin einen pragmatischen

Übergang, um die Atmosphäre zu schützen. In jedem Fall ist der **Verzicht auf die CO₂-Speicherung** aber erneut ein **deutscher Sonderweg**.

Damit wir beim Thema Energie vorankommen, müssen wir auch bei **Planungs- und Genehmigungsverfahren** schneller werden. Hier lohnt ein Blick nach Wilhelmshaven, ich habe das bereits erwähnt. Dort ist das im Dezember eröffnete **LNG-Terminal** inklusive der rund 25 km langen **Pipeline** ein echtes „**Benchmark**“. Manche nennen es das neue „**Niedersachsen-Tempo**“ – und wir können zurecht stolz darauf sein.

Lieber Herr Lies,

als Minister in dieser sowie in der vorhergehenden Landesregierung haben Sie für dieses Projekt Verantwortung getragen. Dafür mein ganz herzlicher **Dank** sowie ebenso meinen **Glückwunsch!** Sie haben gezeigt, was möglich ist, wenn man es möchte. Sie ahnen deshalb bereits meinen Wunsch: Ich wünsche mir nämlich, dass die guten Erfahrungen aus Wilhelmshaven jetzt zum neuen Standard werden. Wir Niedersachsen sollten jetzt bundesweit das Tempo vorgeben.

Damit komme ich zu den aktuell ewig langen **Planungs- und Genehmigungsverfahren**.

V.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Meine Damen und Herren,

die Beschleunigung von **Planungs- und Genehmigungsverfahren** darf selbstverständlich nicht auf den Energiebereich beschränkt bleiben. Wir haben in Deutschland nämlich ein **allgemeines Tempo-Problem** – und nicht etwa **zu wenig Feiertage**.

Denken Sie an die **Autobahnbrücke auf der A 45 bei Lüdenscheid**. Wir brauchen in Deutschland allein schon über ein Jahr, um den Abriss einer für den Verkehr längst gesperrten Brücke zu genehmigen. Ein Neubau soll dann frühestens in **fünf Jahren** fertig sein.

Das ist nicht angemessen. Das geht besser, und andere zeigen uns, dass es besser geht. Die unter laufendem Verkehr eingestürzte **Brücke in Genua** wurde innerhalb von nur **zwei Jahren** komplett neu gebaut und für den Verkehr frei gegeben.

Lange Planungs- und Genehmigungszeiten sind übrigens kein abstraktes Problem entfernter Regionen, ob in NRW oder in Genua. Sie betreffen uns auch selbst – etwa beim geplanten Lückenschluss der **A33 Nord** oder bei der Modernisierung der Schleusen auf dem **Dortmund-Ems-Kanal**. Einmal konkret: Der Kanalausbau sollte zum Beginn der Planungen bis zum Jahr 2017 vollzogen sein und 165 Mio. Euro kosten. Heute müssen wir von einer Fertigstellung um das Jahr 2035 ausgehen – zu Kosten in Höhe von rund 500 Mio. Euro. Das ist **dreimal so lange** – und auch **dreimal so teuer** wie ursprünglich gedacht.

Wir haben *jetzt* die Chance, beim **vierstreifigen Ausbau der E 233** vieles besser zu machen. Die große Mehrheit der Menschen im Emsland will den Ausbau, auch wenn eine laute Minderheit das Gegenteil suggeriert. Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung fehlt aber ein klares Bekenntnis zur Umsetzung von Straßenverkehrsprojekten. Mit dem Planfeststellungsbeschluss für den Planungsabschnitt 1 – von der A 31 bis zur B 70 bei Meppen – könnten jetzt Fakten geschaffen werden.

Lieber Herr Lies,

die Region wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich zusammen mit Ihrem und unserem Ministerpräsidenten weiter **kraftvoll für diese wichtigen Projekte einsetzen**. Hierum bitte ich Sie, bitte wir alle Sie ganz ausdrücklich. Unterstützen Sie weiter den vierspurigen **Ausbau der E 233**, unterstützen Sie weiter den **Lückenschluss der A 33 Nord** und kümmern Sie sich auch um den Ausbau der **Schleusen**, etwa beim **Dortmund-Ems-Kanal**.

Meine Damen und Herren, wir kommen auf die Zielgerade.

VI.

Unsere Region verzeichnet Erfolge

Vor fast 100 Jahren erschien **Erich Kästners** Lyrikband „Ein Mann gibt Auskunft“. Darin steht: „Herr Kästner, wo bleibt das **Positive**? Seine **Antwort: Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.**“

Ich nehme dieses schöne Zitat zum Anlass, das **Positive** zu berichten. Wenn wir nämlich genau hinsehen, können wir hier bei uns einiges Positive finden.

Ich beginne gleich hier vor Ort: Unter dem Titel „**Moor and More**“ hat vor Kurzem das **Handelsblatt** über das Emsland und die Grafschaft Bentheim berichtet. Eine Studie hatte nämlich gezeigt, dass diese beiden Landkreise in der Liste aller deutschen Regionen einen großen Sprung nach oben gemacht haben. Unser IHK-Bezirk gehört so zu den „Top-Wachstumsregionen“ in Deutschland. Ein toller **Erfolg!**

Dieser zeigt sich für mich **auf unterschiedlichen Feldern** auch ganz **praktisch**:

Wir sind eine **Top-Wasserstoffregion**: Wir erleben insbesondere hier in Lingen enorme Investitionen in die Transformation des Energiestandortes. Bei uns entsteht gerade **einer der größten Wasserstoff-Hotspots Deutschlands**. Hier lässt sich demnächst die komplette Wertschöpfungskette der Wasserstoffwirtschaft abbilden: von der Produktion grünen Wasserstoffs aus erneuerbaren Energien über den Transport bis hin zur Nutzung in der Industrie. Allein in und um **Lingen** sind bis 2030 ca. 2.400 MW Elektrolyseleistung geplant. Damit würde etwa ein Viertel der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehenen Elektrolysekapazität in unserer Region umgesetzt. Und dennoch ist diese Menge nur ein **kleiner Beitrag**. Sie deckt gerade einmal ein Prozent der gesamten Energieversorgung in Deutschland ab. Insofern werden wir hier noch deutlich größere Anstrengungen benötigen.

Wir sind auch eine Top-Bildungsregion: Der Landkreis **Grafschaft Bentheim** entwickelt aktuell gemeinsam mit der Wirtschaft innovative Konzepte für einen „**Campus Berufliche Bildung**“. Damit sollen möglichst viele qualifizierte

Fachkräfte in der Region ausgebildet und gehalten werden, auch von jenseits der Grenze.

Wir sind – mein letztes Beispiel – **auch eine Top-Start-up-Region:**

Insbesondere in **Osnabrück** hat sich mit den Akzeleratoren Seedhouse, Growhouse, SmartCityHouse und Healthcare Accelerator eine ganz neue „Community“ etabliert. Mit einem ScaleHouse steht schließlich noch ein Finanzierungspartner bereit. Durch privates und öffentliches Geld ist es erkennbar gelungen, dass **Osnabrück** inzwischen auch überregional als **Start-up-Hochburg** wahrgenommen wird. Das ist wirklich ausgezeichnet.

Erfolgreiche Entwicklungen sprechen sich augenscheinlich bis in die Landeshauptstadt herum. Das zeigt auch das entstehende **Lok-Viertel** auf dem Gelände des früheren Güterbahnhofs in **Osnabrück**. Hier hat sich die Politik im zurück liegenden Wahlkampf quasi die Klinke in die Hand gegeben und mit Lob für unsere Region nicht gespart. Für die breite und parteiübergreifende Unterstützung unserer Vorhaben danke ich Ihnen, lieber Herr **Lies**, **stellvertretend für die alte Landesregierung**, der Sie gemeinsam mit Herrn Dr. Althusmann, Herrn Hilbers und – natürlich – auch unserem Ministerpräsidenten angehört haben.

VII.

Ausblick I: #GemeinsamNachhaltigkeitWirtschaften

Unsere IHK stellt das Jahr 2023 unter das Motto

#GemeinsamNachhaltigWirtschaften.

Unser **Film** zum Einstieg in diesen Abend hat bereits gezeigt: Wir haben in unserer Region echte Pioniere in Sachen Nachhaltigkeit. Sie zeigen in aller Vielfalt, wie man mit Nachhaltigkeit unternehmerisch erfolgreich sein kann:

- **Berky** aus Haren befreit weltweit die Gewässer von Plastikmüll,
- die **Georgsmarienhütte** unternimmt große Schritte in Richtung grünem Stahl,
- der Maschinenbauer **Bergmann** aus Meppen trimmt seine Baumaschinen mit selbst produzierten Batterien auf E-Mobilität,

- **WKS Textilveredlung** aus Wilsum setzt auf die Wiederverwertung von Textilien und
- die **Stadtgärtner** aus Nordhorn machen unsere Städte grün.

Diese fünf Betriebe haben – wie zahlreiche weitere regionale Unternehmen – erkannt, dass Nachhaltigkeit große wirtschaftliche **Chancen** bietet.

Doch Vorsicht! Nachhaltigkeit kann auch ein **Bürokratietreiber** sein. Dann nämlich, wenn sich Politik eben nicht darauf verlässt, die guten Ansätze in den Betrieben zu unterstützen, sondern meint, selbst alles regeln zu müssen.

Etwa mit dem neuen **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**. Ein Wort mit 36 Buchstaben, es ist in Sprache gegossene Bürokratie. Dieses Gesetz gilt seit zehn Tagen und bürdet den Unternehmen neue Prüf- und Dokumentationspflichten sowie Haftungsrisiken auf.

Versprochen war allerdings etwas ganz anderes: Die Bundesregierung hatte Ende September im Rahmen des Krisenabwehrschirms ein **Belastungsmoratorium** in Aussicht gestellt. Das wäre auch richtig gewesen. Jetzt erleben wir genau das Gegenteil: neue Belastungen.

Das zeigt, wie wichtig es ist, neue Vorschriften im Vorfeld auf ihren Nutzen und vor allem auf Kosten und bürokratische Lasten zu überprüfen. Das ist genau die Idee der **Clearingstelle Niedersachsen**. Sie soll im Auftrag der Niedersächsischen Wirtschaft und unserer Landesregierung neue Vorschriften auf bürokratische Lasten überprüfen. Die Clearingstelle hat für die abgelaufene Legislaturperiode eine positive Evaluation erhalten. Die neue Landesregierung hat bereits **erklärt**, die **Clearingstelle fortzuführen** und damit eine kritische Stimme zuzulassen. Dafür, sehr geehrter Herr **Minister**, **danken** wir Ihnen sehr.

Für **unsere IHK** ist das Jahresthema **#GemeinsamNachhaltigkeitWirtschaften** **Verpflichtung**. Das gilt im Übrigen auch für die heutige **Veranstaltung**, die wir mit unterschiedlichen Elementen nachhaltig machen wollen. So werden wir – Ludger Abeln hat dies bereits angesprochen – die CO₂-Emissionen kompensieren, die mit Ihrer An- und Abreise entstehen. Beim Catering setzen

wir auf nachhaltige regionale Produkte. Und bei den Materialien – etwa diesen Bannern hinter mir – haben wir strikt auf Nachhaltigkeit geachtet.

VIII.

Ausblick II: IHK-Wahl 2023

Meine Damen und Herren,

ein Thema, das uns in diesem Jahr ebenfalls intensiv beschäftigen wird, ist die **Wahl** zu unserer IHK-Vollversammlung.

Die Vollversammlung ist gewissermaßen das **Rückgrat** unserer politischen IHK-Arbeit. Im kommenden Jahr wird sie neu gewählt, auch digital übrigens. Die IHK-Wahl wird damit so **einfach wie noch nie!**

Unser Motto hierfür lautet **#Ehrensache**. An dieser Stelle wende ich mich an alle Unternehmerinnen und Unternehmer: Wählen Sie mit – oder stellen Sie sich sogar zur Wahl. Sie unterstützen damit unsere IHK in jedem Fall. Um es Ihnen ganz leicht zu machen, haben wir ein **Banner auf der Website** unserer IHK eingerichtet. Der Titel: „Mitmachen!“ Klicken Sie einfach mal drauf und machen Sie mit!

Meine Bitte zum Mitmachen geht hier und heute in besonderer Weise an die Unternehmerinnen. In den regionalen Betrieben ist **rund ein Viertel** der Führungspositionen weiblich besetzt. Wenn unsere Vollversammlung ein echtes Spiegelbild der regionalen Wirtschaft sein will – und dafür treten wir an – dann sollte sich dies auch in der **Zusammensetzung der neuen Vollversammlung** widerspiegeln. Dafür werde ich mich in den kommenden Monaten besonders engagieren.

Meine Damen und Herren,

unsere IHK ist ein **IHK zum Mitmachen**. Hierzu lade ich Sie in diesem Jahr besonders gerne ein. Denn mit unserer IHK-Wahl geht es um viel. Helfen Sie uns, indem Sie uns Ihre Stimme geben oder indem Sie sich in unsere Projekte

einbringen. Mit der Unterstützung von Ihnen allen hat unsere IHK eine **starke Stimme**. Diese ist in der aktuellen Situation wichtiger als je zuvor.

Vielen Dank!